



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

► an den Grossen Rat

ED/047832/047835/047836/047838/047885
Basel, 10. März 2004

Regierungsratsbeschluss
vom 9. März 2004

Interpellation Nr. 11 Jürg Stöcklin betreffend Abbaupläne des Universitätsrats in der Biologie

Interpellation Nr. 14 Margrith von Felten betreffend Portfolio-Analyse des Universitätsrats

Interpellation Nr. 15 Dr. B. Gerber betreffend „Bericht des Universitätsrats an die Universität über seine Vorschläge für die Leistungsvereinbarungen 2005 - 2008“

Interpellation Nr. 16 Alexandra Nogawa-Staehelin über die geplanten Kürzungen an der Universität

Interpellation Nr. 22 Noëmi Sibold betreffend geplante Schliessung des Slavischen Seminars der Universität Basel

Zusammenfassende schriftliche Antwort

(eingereicht vor der Grossratssitzung vom 11. Februar / 10. März 2004)

1. Vorbemerkung

Dem Regierungsrat sind fünf Interpellationen eingereicht worden, welche sich alle kritisch und ablehnend mit dem „Bericht des Universitätsrats an die Universität über seine Vorschläge für die Leistungsvereinbarung 2005 - 2008“ auseinandersetzen. Während drei Interpellationen sich zur ganzen Breite der vom Universitätsrat zur Diskussion gestellten Portfoliomassnahme äussern, befassen sich zwei vor allem mit den Umbauplänen des Universitätsrats im Fachbereich Biologie resp. in der Slavistik. Die Interpellationen sind alle ausführlich gehalten und werfen eine grosse Zahl recht detaillierter Fragen auf. Um die finanziellen Kernaussagen des Berichts zu wiederholen, und damit verschiedenen unrichtigen Angaben in den Interpellationen zu begegnen, sei seine hauptsächliche Stossrichtung nochmals zusammengefasst:

- Bei ungebremsster Entwicklung der Kosten und Umsetzung der notwendigsten Massnahmen für die Erneuerung der Lehre und Sicherung der Betreuungsverhältnisse muss für das Jahr 2008 ein Defizit von rund Fr. 23 Mio. prognostiziert

werden, das sich auf rund Fr. 30 Mio. erhöht, wenn man davon ausgeht, dass die Universität weiterhin ihre Fremdmieten begleichen muss .

- Der Universitätsrat stellt Massnahmen zur Diskussion (Abbau, Reduktion und Umgruppierung), welche einen Einsparungseffekt von rund netto Fr. 12,5 Mio. bringen sollen. Darin sind Verluste von studierendengebundenen Einnahmen berücksichtigt.
- Von den Trägerkantonen erwartet der Universitätsrat eine Aufbesserung der Einnahmenseite um rund Fr. 19 Mio. (Perpetuierung eines Sonderbeitrags 2002 und 2003 von Fr. 3,5 Mio. plus Fr. 15,5 Mio. neue Zusatzmittel 2004).

2. Stellungnahme des Regierungsrats

Der Regierungsrat wird zu den Fragen der Interpellantinnen und Interpellanten im Einzelnen nicht Stellung nehmen und zwar aus zwei Gründen:

- Praktisch alle angesprochenen Bereiche liegen in der Kompetenz des Universitätsrats, des Rektorats oder der Fakultäten.
- Der Bericht des Universitätsrats hat sich nun in einer einmonatigen Konsultation innerhalb der Universität befunden. Der Universitätsrat wird die verschiedenen internen und externen Stellungnahmen auswerten und dem Regierungsrat bis Ende März einen definitiven Bericht vorlegen, der die Grundlagen für die Aushandlung der neuen Leistungsvereinbarung 2005 ff. bilden soll. Der Regierungsrat wird sich öffentlich erst äussern, wenn er sich zum abschliessenden Bericht eine konsolidierte Meinung gebildet hat.

Grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, dass der Universitätsrat sehr wohl den Auftrag des Kantons Basel-Stadt wie des Kantons Basel-Landschaft hat, Massnahmen auch einschränkender Art vorzuschlagen, um das Budget der Universität einzuhalten. Dies ergibt sich bereits aus den Finanzvorgaben der beiden Kantone für die Universität. Insofern begrüsst der Regierungsrat auch die Stossrichtung des Berichts, der eigene Kostensenkungsmassnahmen vorschlägt, um die markanten Forderungen an die öffentliche Hand zu begründen. Inwiefern der Regierungsrat auf letztere eingehen kann, ist zurzeit noch vollkommen offen und abhängig von den Ergebnissen der Verhandlungen mit dem Kanton Basel-Landschaft über die Vertiefung des Universitätsvertrags.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Der Präsident

Der Staatsschreiber

Jörg Schild

Dr. Robert Heuss

